

europaROT

DIE LINKE im Europaparlament

Ausgabe 4 · November 2010

Freiheit statt Sicherheitswahn

Die EU geht auf Nummer sicher:
Militäreinsätze, Repression, totale Überwachung

Liebe Leserinnen und Leser, sollten Sie in letzter Zeit eine Auslandsüberweisung getätigt oder gar an einer Demonstration teilgenommen haben, sind Sie eine potenzielle Gefahr für die allgemeine Sicherheit! Doch die EU ist bereits im Einsatz und fährt zum Schutz Ihrer Sicherheit millionenschweres Geschütz auf. **Cornelia Ernst** berichtet in dieser Ausgabe vom Sicherheitswahn der EU-Innenminister.

An ihren Außengrenzen rüstet die EU derweil seit Jahren auf, um sich vor Flüchtlingen und »illegalen« Einwanderern zu »schützen«. Wer Kritik an dieser menschenfeindlichen Politik übt, spürt die harte Hand der Ordnungshüter. So wurden bei dem diesjährigen »NO BORDER CAMP« in Brüssel mehrere Hundert AktivistInnen bei Demonstrationen, an denen auch die LINKE im Europäischen Par-

lament teilnahm, festgenommen und teilweise von der Polizei misshandelt. **Sabine Lösing** schreibt über die Wechselwirkung zwischen der Militarisierung der EU und der fortschreitenden Repressionen im Inland.

Auch gegen die gesellschaftlichen Probleme bietet die EU keine vernünftigen Rezepte. So müssen immer weniger Menschen immer mehr und immer länger arbeiten. »Wie viel Arbeit braucht Europa?«, fragt sich hingegen **Thomas Händel** und ließ in einer Studie die Arbeitszeittrends in ganz Europa untersuchen. Lesen Sie hier die Ergebnisse.

Das Europäische Jahr zur Bekämpfung von Armut neigt sich dem Ende zu – mit der Nachricht, der prozentuale Anteil der Hungernden auf der Welt sei zurückgegangen. Ein Erfolg? Nein, denn die absolute Zahl hungernder Menschen stieg im letzten

Jahr auf über eine Milliarde an. Der prozentuale Anteil ist nur durch die wachsende Weltbevölkerung rückläufig – ein statistischer Taschenspielertrick der EU, meint **Gabi Zimmer**.

Statt jedoch Armut weltweit an der Wurzel zu packen und ausmerzen, sichert sich die EU lieber beim Kampf um die schwindenden Ressourcen einen guten Platz an der Quelle, wie zum Beispiel in der Arktis, wo sich Länder aus aller Welt um Rohstoffe streiten. »Umweltverträglichkeit und Nachhaltigkeit bleiben dabei auf der Strecke«, kritisiert **Sabine Wils** in ihrem Beitrag »Kalter Krieg in der Arktis«.

Auch beim Handel mit anderen Ländern ging es der EU in ihren Handelsabkommen bislang um die Ausbeutung der Menschen und Rohstoffe und den ungehinderten Marktzugang für eigene Konzerne und Investoren.

Helmut Scholz erklärt, wie sich die künftigen Handelsbeziehungen mit den Ländern Lateinamerikas gerechter, sozialer und umweltfreundlicher gestalten ließen.

Ein weiterer wichtiger Schritt zu mehr sozialer Gerechtigkeit im Rahmen der derzeitigen Diskussionen über eine stärkere Regulierung der Finanzmärkte wäre die Einführung einer Steuer auf Finanztransaktionen. Eine ebenso simple und gerechte wie lohnenswerte Idee, meint **Jürgen Klute**. europaROT möchte Ihnen einen kritischen Überblick über aktuelle europapolitische Themen verschaffen und einen Beitrag für eine starke und kritische europäische Medienöffentlichkeit leisten. Diesem Thema widmet **Lothar Bisky** übrigens im vorliegenden Magazin seinen Beitrag. Wir bedanken uns für Ihr Interesse und freuen uns über Ihre Rückmeldung!

Janusköpfige Militarisierung

Mit EU-Kriegen im Ausland wird auch der Weg für Repressionen im Inland geebnet

VON SABINE LÖSING

Mit der Lissabon-Strategie hatte die Europäische Union im Jahr 2000 das ambitionierte Ziel ausgegeben, innerhalb eines Jahrzehnts zur Weltwirtschaftsmacht Nummer eins aufzusteigen. Innerhalb der Europäischen Union wurde hierfür der neoliberale Umbau der Mitgliedsstaaten weiter forciert – in Deutschland etwa mit der Agenda 2010 und dem damit einhergehenden massiven Sozialabbau. Auch in der Außenwirtschaftspolitik wurde die marktradikale Agenda fortan noch aggressiver durchgesetzt und damit die Verarmung zahlreicher Menschen billigend in Kauf genommen. In dem Maße, wie der Widerstand gegen die ausbeuterische neoliberale Wirtschaftsordnung zunimmt, rückt dabei die gewaltsame Niederschlagung von Sozialprotesten – mittlerweile auch offen wieder als Aufstandsbekämpfung tituliert – zunehmend in den Mittelpunkt der EU-Operationsplanung.

Bevölkerungskontrolle und Aufstandsbekämpfung wird in der EU erprobt.

Da sich die sozialen Widersprüche auch innerhalb der Europäischen Union immer weiter zuspitzen, werden derzeit im Ausland nicht zuletzt Techniken der Bevölkerungskontrolle und Aufstandsbekämpfung erprobt, um sie notfalls auch im Inland anwenden zu können. So warnt etwa Robert Cooper, der Autor der Europäischen Sicherheitsstrategie: »Europa mag in der Lage sein, das Vordringen des Chaos über den Balkan oder selbst über das Mittelmeer aufzuhalten, aber es könnte sich als deutlich schwieriger erweisen, mit dem Chaos in den eigenen Vorstädten und niedergehenden Industriestädten umzugehen.« Folgerichtig wird in vielen EU-Einzelstaaten in den letzten Jahren vermehrt Militär zur »Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung« eingesetzt. Um nur einige Beispiele zu nennen: In Italien patrouillieren seit 2008 Soldaten zum »Schutz« der Innenstädte; in Deutschland wird über den Deckmantel des »Katastrophenschutzes« das Verbot militärischer Inlandseinsätze zunehmend unterlaufen; und in Griechenland wurde das Militär im Sommer 2010 als Streikbrecher eingesetzt. Mit dem Vertrag von Lissabon, der am 1. Dezember 2009 in Kraft trat, besteht nun die Gefahr, dass Militäreinsätze im Inland künftig Tür und Tor geöffnet werden.

Paramilitarisierung und Aufstandsbekämpfung

Bei Auslandseinsätzen der Europäischen Union (wie auch der NATO) steht heutzutage nicht mehr der Sieg auf dem Schlachtfeld im Vordergrund, sondern, wie Raul Zelik in seinem Aufsatz »Aufstandsbekämpfung und Besatzungskrieg« herausgearbeitet hat, »die politische und soziale Kontrolle der Bevölkerung«.

Um die hierfür erforderlichen »Kompetenzen« zu verbessern, finden regelmäßig Manöver statt, so etwa im Sommer 2010 das von der EU-Kommission finanzierte dritte »Europäische Polizeitraining« auf dem brandenburgischen Truppenübungsplatz Lehnin. Als Szenario diente das fiktive Land Askania, das im Anschluss an eine Militärintervention von der EU besetzt worden ist. Ziel war es laut Pressemappe, der Bundesbereitschaftspolizei mit Einheiten aus zahlreichen europäischen Ländern (u.a. aus Deutschland) »typische Missionslagen« durchzuexerzieren: »Dazu gehörten unzufriedene Demonstrationen, die Absicherung von Wahlkampfveranstaltungen und Parlamentswahlen genauso dazu wie polizeiliche Maßnahmen bei Raubüberfällen, Verkehrsunfällen und Geiselnahmen. [Weiter] mussten die europäischen Polizisten im gemeinsamen Zusammenwirken eine gewalttätige Demonstration auflösen, Straftäter festnehmen und brennende Barrikaden räumen.« Wie Michael Oettel, Pressesprecher der Bundespolizei, betont, werden solche Einsätze nicht nur geübt, sondern finden bereits statt: »Was wir hier trainieren, haben Polizeikräfte tatsächlich zum Beispiel im Kosovo erlebt.«

In der von NATO und EU besetzten serbischen Provinz Kosovo ist es in den letzten Jahren aufgrund der Verschlechterung der Lebensbedingungen immer häufiger zu Protesten gegen die westliche Präsenz gekommen, die wiederholt von europäischen Polizeieinheiten gewaltsam aufgelöst wurden. Um hierfür künftig besser gewappnet zu sein, haben die im Kosovo aktive »zivile« EU-Polizei- und Rechtsstaatsmission EULEX und die dort stationierte NATO-Truppe KFOR mit gemeinsamen Aufstandsbekämpfungs-Übungen begonnen. Allein im ersten Halbjahr 2010 fanden mindestens elf solcher »Crowd and Riot Control Exercises« statt. Welche Szenarien man dabei im Auge hat, verdeutlicht die Beschreibung einer dieser Übungen:



Bundesbereitschaftspolizei 2010

Europäisches Polizeitraining in Lehnin. Für die Verbesserung der »öffentlichen Ordnung« nimmt die EU massiven Sozialabbau in Kauf.

»Das Szenario basierte auf wahren Begebenheiten. Das Europäische Parlament fällte die Entscheidung, Gelder für den Kosovo vom Bau zweier Krankenhäuser hin zu einer Müllrecyclinganlage umzuleiten. Die lokale Bevölkerung war darüber empört. Als Reaktion rief die Gewerkschaft der Krankenhausarbeiter zu Demonstrationen und Aktionen gegen die EU und EULEX auf. [...] Als Ergebnis der Übung lernten die Teilnehmer Wichtiges darüber, auf eine wütende Menge (»furious mob«) vorbereitet zu sein, über die Fähigkeit zu antizipieren, was die Menge tun wird, und schließlich darüber, ihre Techniken zur Bevölkerungskontrolle und Aufstandsbekämpfung (»crowd and riot control«) anzuwenden.« Vor diesem Hintergrund gilt es festzuhalten, dass diese im Ausland eingesetzten Einheiten mit Polizisten im eigentlichen Sinne herzlich wenig mehr zu tun haben, hier handelt es sich um Paramilitärs. Deshalb ist es überaus besorgniserregend, dass diese Polizeieinheiten und nun sogar das Militär auch im EU-Inland eingesetzt werden können.

Solidaritätsklausel: Türöffner für Militäreinsätze im EU-Inland

Am 1. Dezember 2009 trat der Vertrag von Lissabon in Kraft, der erstmals bislang verbotenen Militäreinsätzen im EU-Inland Tür und Tor öffnet. Entscheidend hierfür ist die sog. »Solidaritätsklausel« (Artikel

222). In ihr ist nicht nur festgehalten, dass die EU-Länder einem Mitgliedsstaat mit allen zivilen und militärischen Mitteln zur Seite eilen, sollte sich ein Terroranschlag ereignen, sondern auch bei »einer vom Menschen verursachten Katastrophe«.

Da dies auch soziale Unruhen mit einschließt, bedeutet das im Klartext, dass künftig jede EU-Regierung, die sich Protesten gegenüber sieht, militärische und paramilitärische Einheiten anderer EU-Länder zur Unterstützung anfordern kann. Gegenwärtig ist die EU-Kommission mit einer detaillierten Ausplanung beschäftigt, die Intention der Klausel ist jedoch offensichtlich. So betont EU-Militärstabschef Henri Bentégeat, das »originelle« an der Solidaritätsklausel sei keineswegs die Möglichkeit für Inlandseinsätze zur Terrorabwehr: »Das zweite Element ist interessanter, da es den Einsatz militärischer Mittel auf dem Gebiet eines Mitgliedsstaates auf Anforderung seiner politischen Autoritäten vorsieht.« Diese Militarisierung der Innen- und Außenpolitik ist die »logische« Kehrseite einer ausbeuterischen und ungerechten Wirtschafts- und Sozialpolitik. Beides sind zwei Seiten derselben Medaille, wie etwa der Bürgerrechtler Rolf Gössner betont: »Tatsächlich scheint der präventive Sicherheitsstaat in dem Maße aufgerüstet zu werden, in dem der Sozialstaat abgetakelt wird.«

Impressum: Herausgegeben von der Delegation der Linken in der Konföderalen Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke (GUE/NGL) im Europäischen Parlament · Rue Wiertz 43, ASP 6F 353, B-1047 Brüssel, Belgien · www.dielinke-europa.eu · V.i.S.d.P. Gabi Zimmer, Thomas Händel
Druck: MediaService GmbH Druck und Kommunikation, Berlin · Titelbild: Philippe Leroyer, »Anti-G8 Demonstrations (16)« (4.7.2007, Rostock) · Auflage: 70.000

Im Sicherheitsfadenkreuz

Zwischen Datensammelwut und Terrorismushysterie – wie die EU unsere Freiheit verspielt.

VON CORNELIA ERNST

Im Jahr 2010 erweist sich George Orwells Novelle »1984« als erschreckend aktuell. Die Vorstellung eines zwischen drei Superstaaten eigens angezettelten Dauerkrieges unter dem Motto »Krieg ist Frieden«, die gesteuerte Kontrolle der Vergangenheit und die lückenlose Überwachung der Menschen als Mittel zum Machterhalt stoßen auf heutige Parallelen. Die moderne Realversion basiert allerdings auf einem neuen Feindbild, dem des muslimischen Netzwerkterroristen und al-Qaida-Kämpfers mit besten Internetkenntnissen, der zu Selbstmordattentaten neigt und den Westen als Hort des Bösen ausrotten will.

➤ **Statt einer seriösen Diskussion wird Angst vor Anschlägen geschürt.**

Statt einer seriösen öffentlichen Diskussion wird Angst vor Anschlägen und Gewalt geschürt. Das Stockholmer Programm der Europäischen Union (EU), welches die Aufgaben der europäischen Innen- und Justizpolitik bis 2014 festzurr, basiert auf dem allgemeinen Konsens der Regierenden in Europa, dass mehr Sicherheit nur durch die Beschränkung von Freiheit gewährt werden kann.

Die gegenwärtig auf europäischer Ebene verhandelten »Sicherheitsprojekte« sind von diesem Geist. Verbreitet wird der Irrglaube, durch mehr technische Investitionen absolute Sicherheit für die Bürger herstellen zu können. Ein Beispiel hierfür ist der öffentliche Luftsicherheitsraum, den jedes Jahr rund 2,2 Milliarden

Flugpassagiere nutzen. Im Rahmen des geplanten europäischen »PNR-Abkommens« sollen künftig vor Flügen in die USA oder nach Kanada mindestens 19 personenbezogene Daten (PNR) von allen Passagieren gesammelt und zur Prüfung auf Terrorverdächtigung z. B. an die US-Heimatschutzbehörde zur Speicherung gehen. Bereits bestehende Datensammelsysteme zur Strafverfolgung und Kontrolle von Personen sollen nunmehr mit den PNR-Daten perfektioniert, Überwachung und Festnahme potenzieller Straftäter erleichtert und risikobehaftete Verhaltensmuster von Menschen ermittelt werden. Zusätzlich werden entsprechend dem SWIFT-Abkommen die persönlichen Bankdaten von ca. 30 Millionen europäischen Bankkunden an Behörden der USA weitergegeben, um internationale Transaktionsvorgänge potenzieller Täter zu observieren. Die genannten Systeme speichern nach dem Prinzip der Rasterfahndung und auf Vorrat Massendateien mit Milliarden von Einzeldaten. Rasterfahndung ist aber nur in bestimmten Fällen rechtlich zulässig. Eine anlasslose Vorratsdatenspeicherung ist nach bundesdeutschem Recht unzulässig. Die Vereinte Linke im Europaparlament fordert das Verbot der Erhebung von Massendateien und der Vorratsdatenspeicherung sowie den konsequenten Schutz personenbezogener Daten. Bleiben wir bei der Luftraumsicherung: Zur Sicherheitskontrolle soll künftig nicht mehr der Metalldetektor eingesetzt werden, sondern ein Körperscanner, der auch flüssige und plastikartige Sprengstoffe am Körper erkennen kann. Hinzu kommen neue Durchleuchtungsgeräte für Koffer, für Handgepäck und Computerkontrollen. Bei bis zu

Schritte gegen den Sicherheitswahn!

1. Den Sicherheitswahn entlarven!

Als Linke im Europaparlament müssen wir Ziele und Folgen der Anwendung dieser Sicherheitsinstrumente aufdecken, deren Hauptzweck die möglichst vollständige Kontrolle des Lebens der Menschen unter dem Aspekt potenzieller Straffälligkeit ist.

2. Gemeinsam handeln!

Die »Law and order«-Politik führt unmittelbar zum Überwachungsstaat – alle demokratischen, parlamentarischen und außerparlamentarischen Kräfte müssen dies verhindern.

3. EU-Sicherheitspolitik offensiv hinterfragen!

Diese basiert auf diffusen Annahmen über ständig zunehmende Unsicherheit und Terrorgefahr – eine Tendenz, die nirgendwo pauschal bestätigt werden kann.

4. Seriöse Aufklärungs- und Informationspolitik!

Statt neuer Technik und Datenwahn, die die Bürger zu Verdachtsobjekten abstempeln. Vernünftige Polizeikonzepte und die Stärkung der Mitbestimmung der Bürgerinnen und Bürger gehören dazu.

5. Kein Krieg verhindert Terroranschläge!

Terrorismusbekämpfung verlangt eine klare Ursachenanalyse, die schonungslose Aufdeckung der sozialökonomischen und politischen Wurzeln von Terrorismus sowie die Anwendung von Instrumenten der Konfliktlösung und Friedenspolitik.

6. Islamophobie bekämpfen!

Wir dürfen nicht zulassen, dass Muslime aufgrund ihrer Religionszugehörigkeit kriminalisiert werden. Islamophobie ist Menschenverachtung und darf in Europa nicht hoffähig werden, auch weil damit radikalen Fundamentalisten der Boden geebnet wird.

150.000 Euro Kosten pro Körperscanner in mehrfacher Ausführung in allen 39 deutschen Verkehrsflughäfen und europaweit dürften sich Herstellerfirmen wie die in Wiesbaden ansässige »Smith-Heimann« auf ihr Geschäft des Jahrhunderts freuen.

Was auf Flughäfen geht, lässt sich überall im öffentlichen Raum installieren: Den Londoner Hauptbahnhof betritt man bereits heute durch Sicherheitsschleusen. Ähnliches wäre auch in S- und U-Bahn, vor größeren Plätzen, Einkaufszentren, in Bankenvierteln, Kirchen und Schulen denkbar. Dazu dürfte das von der EU-Kommission durchgeführte 14, 86 Mio. Euro teure Projekt INDECT, welches in 11 Ländern läuft und von der britischen Polizei getestet wird, einen spektakulären Beitrag leisten. Dieses Rundumüberwachungssystem, das auch an der Uni Wuppertal »erforscht« wird, ist militärischen Kommandostrukturen nachgebildet und kann als mobiles urbanes Observationssystem »alles sehen«. Menschen, die sich in irgendeiner Weise auffällig verhalten, können observiert und als potenzielle Täter erfasst, spontane Aktionen und

Demonstrationen »frühzeitig aufgespürt« und unterbunden werden. Rechtsstaatliche Prinzipien landen dabei in der Mülltonne.

Das Ergebnis dieses Sicherheitswahns ist ein Höchstmaß an Kontrolle über das Leben und Verhalten von Millionen Menschen, über ihre Gesundheit oder Lebensführung – ein gefundenes Fressen nicht nur für Versicherungen. Mittels solcher »Sicherheitskonzepte« wird das ungehinderte Betreten öffentlicher Räume mehr und mehr aufgehoben. Und nicht zuletzt verliert der Bürger die Augenhöhe gegenüber dem Staat, wenn er sich gegen die etwaige Einleitung von Strafverfahren, die Sperrung seiner Konten, die Verweigerung von Aus- oder Einreisen bis hin zu Einschränkungen von sozialen Leistungen wehren will. Sich gegen eine solche Politik aufzulehnen und für die Bewahrung der Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger zu streiten, ist eine zentrale Aufgabe der Linken. Freiheitsrechte sind keine Verhandlungsmasse für vermeintliche oder tatsächliche Sicherheitsdefizite, sondern unveräußerliche Grundrechte aller Bürgerinnen und Bürger.



Dan Kutaj/photocase.com

SICHERHEIT NUR AUF KOSTEN UNSERER FREIHEIT MÖGLICH?

Alternatives Handeln

Lateinamerika: Bringt die EU »zweite Unabhängigkeit«?

VON HELMUT SCHOLZ

Linke Parteien in ganz Lateinamerika eint der Wunsch, die wirtschaftliche Abhängigkeit von den USA zu beenden. 200 Jahre, nachdem sie ihre politische Unabhängigkeit gewonnen haben, fordern sie nun die »zweite Unabhängigkeit«.

Auch mehr Vielfalt in ihren internationalen Handelsbeziehungen soll die Region voranbringen. Die EU gilt neben China, Korea und anderen asiatischen Staaten vielen Regierungen als wichtiger Handelspartner. Linken Parteien in Lateinamerika reicht es jedoch nicht, alte Muster ungerechter Handelsbeziehungen einfach

fortzusetzen. Sie fordern Handelsabkommen, die wirksame komplementäre Entwicklungsförderung beinhalten. Sie wollen den Ausbau und die Förderung völlig neuer Ansätze in den internationalen Handelsbeziehungen. Innerhalb Lateinamerikas wird so etwas bereits von einigen Ländern erprobt, zum Beispiel in der »Bolivarianischen Allianz für die Völker unseres Amerika« (ALBA).

Als Berichterstatter des Europäischen Parlaments (EP) hatte ich den vergangenen Monaten die Aufgabe, einen Vorschlag auszuarbeiten – und auszuhandeln – was künftig die Grundsätze der Handelspolitik zwi-

schen den beiden wichtigen Weltregionen prägen soll. Botschaften, Parteien und Zivilgesellschaft aus Lateinamerika wurden von mir intensiv in diesen Prozess eingebunden.

Das EP hat in der Handelspolitik das Mitentscheidungsrecht. Mein Bericht wurde mit großer Mehrheit am 21. Oktober 2010 im Plenum des Europäischen Parlaments angenommen. Damit hat das Parlament deutlich formuliert, wie es sich die künftige Handelspolitik der Kommission Barroso II vorstellt: nämlich mit wechselseitigem Nutzen statt neokolonialer Ausbeutung, mit partnerschaftlichem Umgang und Anerkennung selbstbestimmter Entwicklungswege. Handelspolitik pur soll es nicht mehr geben.

Erfolgreiche Abstimmung: Handelspolitik »pur« soll es nicht mehr geben.

Menschenrechte, Umweltschutz und Arbeitnehmerrechte werden Bestandteile aller künftigen Abkommen sein. So auch die Förderung alternativer Handelskonzepte, die Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen, das Recht auf Schutz der Ernährungssicherheit und der Selbstverwaltung der Bodenschätze, die Begrenzung der Reichweite von Investitionsschutzabkommen und konkrete Projekte wie der Bau kontinentaler Eisenbahnnetze. Bedauerlicherweise haben spanische Abgeordnete der großen Fraktionen positive Sätze in Bezug auf die

neuen, die Menschenrechtslage ignorierenden Freihandelsabkommen der EU mit Peru und Kolumbien unterbringen können. Diese Passagen konnte ich lediglich abmildern, aber immerhin weitgehend zur Zufriedenheit unserer Partner. Wenn das Parlament 2011 dieses Abkommen ratifizieren soll, wird die Linksfraktion ihre Grundsatzkritik bekräftigen. Wir fordern zudem die Finanzierung ergänzender Maßnahmen, die unsere Partner beim Aufbau ihrer Potenziale für den internationalen Handel unterstützen.

Nun muss die Kommission die Vorschläge des Parlaments in die neue offizielle Handelsstrategie der EU einfließen lassen, die im November vorgestellt werden soll. Europa sollte klug und gerecht agieren, damit es Lateinamerika tatsächlich auf dem Weg in die zweite Unabhängigkeit helfen kann. Aber: Verhalten sich Rat und Europäische Kommission konservativ und wenig zukunfts offen, bieten sie unserer Partnerregion nichts weiter als eine zweite Abhängigkeit.



Hita ONE / photocae.com

HANDELSBEZIEHUNGEN AUF AUGENHÖHE?

Weiterlesen

Den Bericht von Helmut Scholz finden Sie im Internet auf den Seiten des EU-Parlaments

www.europarl.europa.eu

Für weitere Informationen schreiben Sie uns!

www.helmutscholz.eu

europaROT

Das Infomagazin der LINKEN im Europäischen Parlament erscheint vierteljährlich als Beilage in ausgewählten linken Tageszeitungen.

Unsere Themen:

- Dezember 2009: Klimaschutz in der EU
- Mai 2010: das Europäische Jahr zur Bekämpfung der Armut und sozialer Ausgrenzung
- Juli 2010: die EU-2020-Strategie

Sie möchten europaROT regelmäßig per Post nach Hause geliefert bekommen? Schreiben Sie uns: Europäisches Parlament, GUE/NGL, Sonja Giese, Rue Wiertz 60, PHS 05 C 005, 1047 Brüssel oder schicken Sie uns eine E-Mail: sonja.giese@europarl.europa.eu

www.dielinke-europa.eu

europaROT

DI E LINKE im Europaparlament

Ausgabe 3 · Juli 2010



EU 2020 – Top oder Flop

Mit »Wirtschaftsregierung« und »Europa 2020« aus der Krise?

VON LOTHAR BISKY

Die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union verkündeten auf ihrem Gipfeltreffen vom 17. Juni 2010 in Brüssel eine kleine Botschaft an die Bürgerinnen und Bürger Europas: »Alarms, bis es quietescht. Alle

Mitgliedstaaten sollen zusätzliche Maßnahmen ergreifen, um die bereits eingeleitete Politik der Haushaltskonsolidierung zu forcieren und zu beschleunigen. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt für den Euro wird mit frühzeitigeren Sanktionen und neuen Eingriffsberechtigungen der Europäischen Kommission zur Überwachung der nationalstaatlichen Haushaltspolitik verschärft.

Eines ist wahr: Im Gefolge der Wirtschaftskrise seit Ende 2007 ist die Staatsverschuldung

überall in der EU deutlich angestiegen. Wir leben über unsere Verhältnisse, ertönt es aus den Medien. Hatten aber nicht zuvor Unternehmen und Haushalte jüher ihre Verhältnisse gelebt?

Sie verschuldeten sich in vielen EU-Ländern im festen Glauben daran, dass flüchtige Vermögensgegenstände durch explodierende Immobilienwerte, Aktienpreise und schließlich als »Hörtpapier« herausstehende Finanztitel ihnen erlauben würden, mehr zu konsumieren und mehr Produkte und Dienstleistungen abzusetzen. Als diese Spekulationsblasen eine nach der anderen platzten, fielen die Vermögenswerte in den Keller. Die Party auf den Finanzmärkten war vorbei, die Realwirtschaft schwer beschäftigt und

die Staaten mussten 2009 mit milliardenschweren Rettungsschirmen für Banken und Unternehmen einen noch tieferen Absturz verhindern. Genau das ist aber die Ursache für die jetzt beklagte Explosion der Staatsschulden.

Ich stimme der Kritik an den Finanzmarktreaktionen von Jean-Claude Trichet, dem Präsidenten der Europäischen Zentralbank, völlig zu: »Die wären alle weg, wenn wir sie nicht geteilt hätten.« Die rein kurzfristig erzielten Gewinne ohne Bezug zur Realwirtschaft waren ein unhaltbarer Zustand: »Das ist mit unseren bestehenden demokratischen Grundwerten nicht vereinbar, so Trichet.

Der von der EU und dem Internationalen Währungsfonds (IWF) be-

schlossene 750 Mrd. schwere Rettungsschirm für den Euro folgt der gleichen Logik: Es ist ein weiteres Hilfspaket für die Banken (FAZ vom 16.6.2010). Die EU-Staaten betätigen sich nun selbst als Zocker auf den internationalen Finanzmärkten, um mit Staatsgarantien die Spekulation auf weiter drohende Staatsbankrotte wie im Fall Griechenland einzudämmen. Die EU will den Banken und Finanzinvestoren versichern, dass ihre Kredite an strahlende Länder wie Griechenland, Spanien, Portugal, Irland usw. von diesen unter harten Auflagen zurückgezahlt werden.

Weitere »Spekulationswellen« gegen EU-Staaten in wirtschaftlichen Schwierigkeiten sind nicht auszuschließen. Durchgreifende Maßnah-

Europäische Medienöffentlichkeiten

Die europäische Öffentlichkeit ist ein Flickenteppich aus nationalen Öffentlichkeiten

VON LOTHAR BISKY

Derzeit geistert ein Begriff der europäischen Medienöffentlichkeit umher, dessen Bedeutung relativ neblig bleibt: Gemeint nämlich sind häufig Öffentlichkeiten in der EU, also einem Teil von Europa, gelegentlich aber auch alles, was rein geografisch dazuzurechnen ist. Pedanten können jetzt auf die schwierige Definitionssuche gehen, mehr pragmatisch Eingestellte erkennen in diesem neuen Begriff eine Zielstellung, die rudimentär und schillernd in Eurovision, European News Channel, Europäischer Film und derlei mehr aufscheint. Natürlich gehört von der Zielstellung her eine europäische Öffentlichkeit zur europäischen Demokratie wie zum Europäischen Parlament, zum Europarat wie zur Europäischen Union. In der Realität ist die europäische Öffentlichkeit ein mit nationalen Öffentlichkeiten zusammengenähter Flickenteppich, an dem verschiedenste Näherinnen und Näher herumwerkeln.

Die selten gestrenge politologische Definitionswelt lässt eine Demokratie ohne Öffentlichkeit in Europa (und sei es auf die EU zurückversetzte) nicht zu.

Wir haben eine Ahnung, was gemeint ist bzw. gemeint sein könnte und geraten in Gefahr, das Ziel bereits als Realität zu nehmen. Im Ausschuss für Kultur des Europäischen Parlaments, in dem zugleich Bildung, Medien, Sport und Jugend untergebracht sind, gehen die Aktivitäten über die nationalkulturellen Beschränkungen hinweg – schon das ist eine gewaltige Anstrengung – und zielen auf die gemeinsamen Inhalte des »übernationalkulturellen« europäischen Gehalts hinaus.

Manche fürchten nun, auch in Deutschland, um ihre viel geliebten kulturellen Identitäten, wiewohl die Globalisierung diese bereits durchtränkt, wenn auch nicht weggespült hat. Erstaunlicherweise tauchen gelegentlich auch Linke auf, die das fürchten, obwohl bereits 1848 zwei bärtige Herren im weltberühmtesten Manifest aller Zeiten schrieben: »An die Stelle der alten lokalen und nationalen Selbstgenügsamkeit und Abgeschlossenheit tritt ein allseitiger Verkehr, eine allseitige Abhängigkeit der Nationen voneinander.

Und wie in der materiellen, so auch in der geistigen Produktion. Die

Produkte kultureller Kreativität werden Gemeingut, befreit von Beschränktheit.



VIELE FÜRCHTEN UM IHRE VIEL GELIEBTE KULTURELLE IDENTITÄT

geistigen Erzeugnisse der einzelnen Nationen werden Gemeingut. Die nationale Einseitigkeit und Beschränktheit wird mehr und mehr unmöglich« (MEW, Bd. 4, S. 466). Das ist zum Glück so gekommen, und linke Kultur-, Medien- und Bildungspolitik in der EU ist unter anderem darauf gerichtet, lokale und nationale Beschränktheiten und

Borniertheiten kultureller Kreativität von allen Fesseln zu befreien und deren beste Produktionen zum Gemeingut aller Europäer werden zu lassen. Dadurch könnten die zarten Pflanzen einer europäischen Kultur und Öffentlichkeit wachsen. Beide werden erst Realität, wenn sie den kulturellen Alltag der Europäerinnen und Europäer durchdringen.

Wie viel Arbeit braucht Europa?

Neue europäische Arbeitszeit-Richtlinie geplant

VON THOMAS HÄNDEL

Die Europäische Kommission (KOM) will im ersten Halbjahr 2011 einen neuen Anlauf zur Revision der geltenden EU-Arbeitszeitrichtlinie vorgehen. Dazu hat die Linke im Europaparlament nun eine Studie zur Entwicklung der Arbeitszeiten in Europa vorgelegt, die eindeutig den positiven Effekt der europäischen Arbeitszeitrichtlinie bestätigt. So wurde in Ländern mit hohen durchschnittlichen Arbeitszeiten eine Entwicklung in Richtung 40-Stunden-Woche eingeleitet. Laut der Studie stieg die wöchentliche Arbeitszeit in Deutschland seit 1995 um 0,7 Stunden. Hochqualifizierte arbeiten in Deutschland, Frankreich und Großbritannien heute im Schnitt 2,5 Stunden mehr als Be-

schäftigte mit mittlerer und geringer Qualifikation.

Die KOM gibt mit der Überarbeitung der Arbeitszeitrichtlinie (RL 2003/88/EG) offensichtlich dem Drängen der Arbeitgeber nach. Neben einer Ausweitung der Höchst-

arbeitszeit auf über 48 Stunden pro Woche und weiteren Verwässerungen haben diese auch wieder die Bereitschaftszeiten im Visier. Sie müssten seit den Urteilen des EuGH als Arbeitszeiten gerechnet werden. Es geht der KOM also darum, die Arbeitszeiten der »Brauchbaren« auszuweiten, für die »weniger Brauchbaren« reicht dagegen Prekarität.

Wir meinen: Es ist höchste Zeit für eine neue Beschäftigungspolitik, unter anderem mit einer strikten Begrenzung der maximalen Arbeitszeit auf zunächst 40 Stunden pro Woche. Ziel muss sein, möglichst vielen Menschen ein armutsfreies, eigen-

ständiges Leben und Arbeiten zu ermöglichen und ihre Gesundheit zu schützen. Denn: Je länger die Menschen arbeiten, desto größer die Gefahr für ihre Gesundheit. Unsichere Arbeitsverhältnisse oder schlechte Planbarkeit verstärken dies.

Es macht keinen Sinn, die einen mehr als 40 Wochenstunden arbeiten zu lassen, während andere zu null Wochenstunden verdammt sind. In Deutschland sind rund 60 Prozent der Beschäftigungszunahme seit 2000 Teilzeitarbeit und geringfügige Beschäftigung. Rund 50 Mio. Menschen in der EU müssen zu Niedrigstlöhnen arbeiten oder sind arm trotz Arbeit. Weitere 23 Mio. sind arbeitslos.

Beschäftigungsstillstand also bei mehr sozialer Unsicherheit – ein trauriges »Erfolgsmodell«. Die Situation in Deutschland zeigt, dass eine Verkürzung der Arbeitszeit durch Kurzarbeiter-Regelungen, begleitet von betrieblichen und tariflichen Maßnahmen, Arbeitsplätze sichert – und zwar mit Lohnausgleich. Voller Lohnausgleich wäre nicht nur wirtschaftlich nötig, sondern auch finanzierbar. Packen wir es an!



ARBEIT BIS ZUM UMFALLEN? ES GEHT AUCH ANDERS!

Die MDGs sind tot, es leben die MDGs!

Wie die Schuld für Armut mal wieder bei den Entwicklungsländern gesucht und gefunden wurde.

VON GABI ZIMMER
UND ANDRÉ SEUBERT

Ist es den Menschen gelungen, die riesige Kluft zwischen Arm und Reich weltweit zu verringern? Haben die reichen Länder ihre gemeinsam vereinbarten »Millennium-Entwicklungsziele« (MDG) erreicht? Diese Frage sollte auf dem Gipfel der Vereinten Nationen beantwortet werden. Und tatsächlich, es gibt Verbesserungen bei einigen der angestrebten Entwicklungsziele. Etwa beim wichtigsten Ziel der Armuts- und Hungerbekämpfung. So konnten China, Indien und Brasilien eine große Anzahl der eigenen Einwohner aus diesem menschenverachtenden Zustand befreien. In anderen Ländern, wie beispielsweise in der Demokratischen Republik Kongo, aber geht der Trend in die Gegenrichtung. Die Misserfolge werden in Afrika deutlich, besonders in der Region südlich der Sahara. Die EU ist die größte Entwicklungshelferin der Welt. Dennoch muss

gerade sie sich heftig kritisieren lassen, da die Entwicklungspolitik der Mitgliedsstaaten zu sehr von Wirtschaftsinteressen und postkolonialen Abhängigkeiten geprägt ist. Zutiefst ungerechte Wirtschafts- und Handelsstrukturen behindern bis heute jegliche nachhaltige Entwicklung des afrikanischen Kontinents und lassen ihn in der Rolle des Rohstofflieferanten vor sich hin vegetieren. Die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPAs), die den Entwicklungsländern seitens der EU aufgedrängt werden, verschärfen diese Ungerechtigkeit zusätzlich. Die Geberländer verweigerten bei dem Gipfeltreffen konkrete eigene Verpflichtungen und zeigten mit dem Finger auf die Empfänger. Bessere Regierungsführung, d. h. mehr Sicherheit für ausländische Investitionen, weniger Korruption und mehr Demokratie werden eingefordert. Kaum ein Wort darüber, dass die EU noch immer nicht die für 2010

versprochenen 0,56 Prozent ihres Bruttonationaleinkommens (BNE) an öffentlicher Entwicklungshilfe zahlt. Die EU liegt bei 0,42 Prozent – für die Entwicklungsländer bedeutet das etwa 19 Milliarden Euro, die fehlen. Auch das ist keine gute Regierungsführung. So fordert der UN-Generalsekretär Ban Ki Moon die zugesagten Gelder und verstärkte Bemühungen von den Geberländern. Wir meinen: Die Einführung der Tobin-Steuer wäre ein geeigneter Weg, um mehr Mittel für den Kampf gegen globale Armut bereitzustellen! Die EU und die Mitgliedsstaaten sollten ihre Mittel besser bündeln und für konkrete Ziele und Projekte zur Erreichung der MDGs verwenden. Dass der prozentuale Anteil der Hungernden auf der Welt zurückgegangen ist, scheint ein Erfolg. Genau betrachtet ist aber die absolute Zahl

hungernder Menschen im letzten Jahr auf über eine Milliarde angestiegen, der höchste Wert seit über 20 Jahren. Nur durch die wachsende Weltbevölkerung ist der prozentuale Anteil rückläufig. Ein Problem wird statistisch dazu missbraucht, ein anderes zu verdecken.

Die Zahl der hungernden Menschen hat den höchsten Wert seit über 20 Jahren.

Für die Millionen von in Armut lebenden und unter Hunger leidenden Menschen hat der Gipfel keine neuen Hoffnungen gebracht. Die globale Spaltung zwischen reichem Norden und armem Süden hat sich bis heute nicht verringert.



MONATLICHE BOHNENRATION (NORD-KIVU, DR KONGO)

DIE LINKE im Europaparlament



AKTUELL THEMEN EUROPAPARLAMENT MEDIATHEK MAGAZIN EUROPAROT PUBLIKATIONEN

• Beiträge • Presserklärungen • Presseschau • Termine

Schwerpunkte der nächsten Plenarsitzung



www.dielinke-europa.eu
... für Euch in Europa!

DIE LINKE.
IM EUROPAPARLAMENT



Lothar Bisky

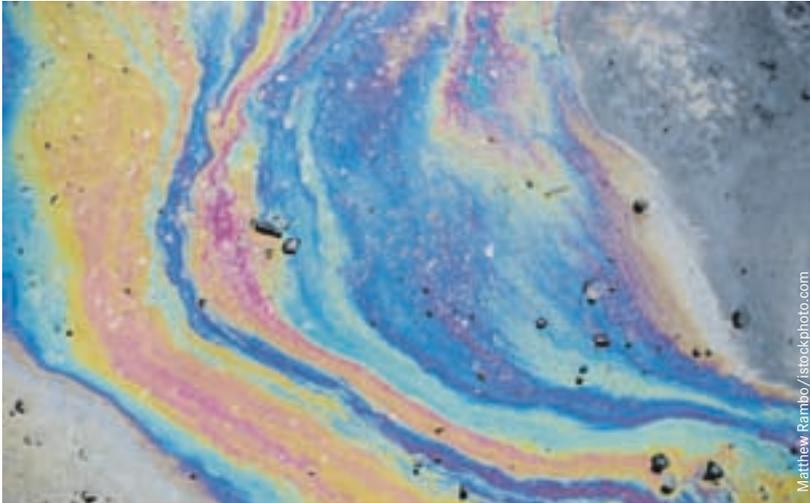
- Pressemitteilungen
- Artikel
- Reden
- Themen
- Kontakt



YouTUBE flickr

Aktuelle Schlagworte:

- ...
- ...



Matthew Rambo / iStockphoto.com

IN DER ARKTIS WIRD EIN IMMENSES ÖLVORKOMMEN VERMUTET

Kalter Krieg in der Arktis

Die EU nimmt für Öl militärische Konflikte in Kauf

VON SABINE WILS
UND LASSE VAN AKEN

In den vergangenen drei Jahren wurde in der Arktis mächtig aufgerüstet. Die USA, Russland und Kanada haben angekündigt, ihre Streitkräfte fit für die Arktis zu machen und vor Ort militärisch stärker präsent

zu sein. Auch die deutsche Marine engagiert sich hier. Die Anrainerstaaten USA, Russland, Kanada, Dänemark, Schweden, Finnland, Island und Norwegen führen militärische Übungen in der Arktis durch, um im Kampf um diese Gebiete Stärke zu demonstrieren.

Finanztransaktionssteuer

Nichts leichter als das!

VON JÜRGEN KLUTE

Eine Finanztransaktionssteuer zu erheben, ist fast so einfach wie einen Computer anzuschalten: Da fast alle Transaktionen an den Finanzmärkten ohnehin über Computer abgewickelt werden und zumindest ein großer Teil jetzt schon auf regulierten Märkten gehandelt wird, ist nur ein weiterer Haken in der Software erforderlich und die Steuer wird abgebucht. Und all jene Transfers, die derzeit noch auf unregulierten Märkten laufen, werden mithilfe anstehender Regulierungen auf EU-Ebene hoffentlich auch bald registriert.

Buchungen an den Finanzmärkten – lächerlich niedrig, aber durch die riesigen Umsätze auf den Märkten ist ein enormes Steueraufkommen zu erwarten. Allein in Deutschland würden – je nach Rechenweise – zwischen 30 und 100 Milliarden Euro anfallen. Jährlich. Für die EU hat Attac ausgerechnet, dass es bei einem Steuersatz von 0,05 Prozent 230 Milliarden Euro wären.

Das sind nicht nur große Zahlen, das ganze ist auch sozial ausgleichend. Da für jede Transaktion auf den Finanzmärkten die Steuer anfällt, müssen Kleinsparer genauso wie weltweit agierende Hedgefonds die Steuer abführen. Der entscheidende Unterschied: Wenn Frau Müller einmal im Jahr 3000 Euro in Aktien investiert, zahlt sie 1,50 Euro Steuern – das ist deutlich weniger, als allein an Gebühren für das Aktiendepot anfallen. Bei Riestersparplänen sieht es ähnlich aus: Monatliches Ansparen von 200 Euro summiert sich innerhalb eines Jahres auf eine Steuerschuld von 1,20 Euro. Hedgefonds und andere professionelle Akteure trifft die Steu-

Warum das alles?

Das Säbelrassel hat seine Ursachen in der Klimaerwärmung und im Ressourcen hunger der Industriestaaten. In der Arktis wird ein Ölvorkommen vermutet, das bis zu 25 Prozent der globalen Vorräte darstellen könnte. Diese Vorkommen werden durch das Abschmelzen der Polkappe in den kommenden Jahrzehnten zugänglich. Gleichzeitig sind durch den Rückgang des ewigen Eises neue, kürzere Schifffahrtsrouten möglich.

Das hat auch die EU erkannt und erklärt, dass die europäischen Sicherheitsinteressen durch die neuen Möglichkeiten in der Arktis berührt sind. Ende 2008 veröffentlichte die EU-Kommission eine Mitteilung, in der sie die europäische Geostrategie für die Arktis vorstellt: »Die Ressourcen der Arktis könnten dazu beitragen, die Energieversorgungssicherheit und die allgemeine Rohstoffversorgungssicherheit in der EU zu verbessern.« Die Kommission will sich dafür einsetzen, die »Exploration, Förderung und Beförderung der Kohlenwasserstoffressourcen der Arktis zu erleichtern«. Die EU bekennt, dass dies »Streitigkeiten über Handelsrouten, Meeresgebiete und vormals unerreichbare Ressourcen auslösen« kann und nimmt damit militärische Konflikte in Kauf.

Umweltverträglichkeit und Nachhaltigkeit bleiben, auch wenn dies anders kommuniziert wird, bei den Plänen der EU komplett auf der Strecke. Neben den obligatorischen Unfällen von Öltankern und auf Bohrsinseln stellt auch der alltägliche Betrieb auf Bohrsinseln eine große Verschmutzung der Meere dar. In der Arktis ist dies besonders tragisch, da auslaufendes Öl wegen der Kälte in der Arktis nur extrem langsam abgebaut werden kann. So sind in Alaska über 20 Jahre nach dem Unfall der »Exxon Valdez« noch heute starke Verunreinigungen zu beobachten. Die arktische Region muss geschützt werden! Sie spielt auch für das globale Klima eine elementare Rolle.

Nachhaltigkeit und Umweltverträglichkeit bleiben bei der EU auf der Strecke.

Ich fordere die EU auf, einen Vertrag durchzusetzen, der militärische Operationen sowie den Abbau von Bodenschätzen in der Arktis untersagt. Was in der Antarktis möglich war, muss auch in der Arktis möglich sein!

er dagegen äußerst wirksam. Die bis zur Krise zu den lukrativsten Papieren gehörenden Finanzmarktprodukte, Derivate aller Art, werden in der Regel mehrfach pro Woche ge- und verkauft. Da die Steuer bei jedem Umsatz anfällt, schlägt die Steuer hier deutlich zu Buche und kann sogar als wirksames Steuerungsinstrument eingesetzt werden. Die Finanzmärkte nutzen oft genug winzige kleine Kursunterschiede von Zehntelprozenten, um Gewinne zu machen. Da sie das mit geliehenem Geld tun, fahren sie bei solchen Geschäften eine enorme Rendite ein. Sobald aber eine Finanztransaktionssteuer von nur 0,05 Prozent eingeführt ist,

werden die Gewinne mit dieser Steuer abgeschöpft, das Geschäft lohnt sich nicht mehr und es steht mehr Geld für die Finanzierung der Realwirtschaft zur Verfügung.

Hinter der von der EU-Kommission favorisierten Finanzaktivitätssteuer steht dagegen ein ganz anderes Konzept: Hier werden nur die Gewinne und Gehaltszahlungen von Bankern angetastet. Die Steuerungswirkung fällt also völlig aus.

Und die Finanzaktivitätssteuer erreicht auch nicht, was die Transaktionssteuer ganz nebenbei schafft: gleiche Verhältnisse. Schließlich fällt auf Brot und Butter auch Umsatzsteuer an – bei jedem Verkauf.

Die Höhe der Finanztransaktionssteuer ist kein Argument dagegen!

Simpel ist sie also, die Steuer. Und auch ihre Höhe ist eigentlich kein Argument dagegen. Wir vertreten einen Satz von 0,05 Prozent auf alle



manun / photocase.com

DIE STEUER IST SIMPEL UND SCHAFFT GLEICHE VERHÄLTNISSE

DIE LINKE. im Europaparlament

Lothar Bisky

Vorsitzender der
GUE/NGL Fraktion

Stellvertretender Vorsitzender
im Ausschuss für Kultur und
Bildung

**Ansprechpartner
für Berlin
und Sachsen-Anhalt**

Europäisches Parlament
Rue Wiertz, ASP 6F155
B-1047 Brüssel
Telefon: 0032-228-47834
lothar.bisky@europarl.europa.eu
www.lothar-bisky.de



Sabine Wils

Mitglied im Ausschuss für
Umweltfragen; Stellvertreterin im
Ausschuss für Verkehr und Frem-
denverkehr

**Ansprechpartnerin für Bremen,
Schleswig-Holstein, Hamburg**

Europäisches Parlament
Rue Wiertz, ASP 06F247
B-1047 Brüssel
Telefon: 0032-228-47644
sabine.wils@europarl.europa.eu
www.sabine-wils.eu



Cornelia Ernst

Mitglied im Ausschuss für bürger-
liche Freiheiten, Justiz und Inneres;
Stellvertreterin im Ausschuss für
regionale Entwicklung; Stellvertre-
terin im Ausschuss für die Rechte
der Frau und die Gleichstellung
der Geschlechter

Ansprechpartnerin für Sachsen

Europäisches Parlament
Rue Wiertz, ASP 6F154
B-1047 Brüssel
Telefon: 0032-228-47660
cornelia.ernst@europarl.europa.eu
www.cornelia-ernst.de



Thomas Händel

Sprecher der Delegation
der LINKEN

Mitglied im Ausschuss für
Beschäftigung und soziale An-
gelegenheiten; Stellvertreter
im Ausschuss für Wirtschaft und
Währung

**Ansprechpartner für Bayern,
Baden-Württemberg und Saarland**

Europäisches Parlament
Rue Wiertz, ASP 06F259
B-1047 Brüssel
Telefon: 0032-228-45658
thomas.haendel@europarl.europa.eu
www.thomas-haendel.eu



Jürgen Klute

Mitglied im Ausschuss für Wirt-
schaft und Währung; Stellvertre-
ter im Haushaltsausschuss

**Ansprechpartner für
Nordrhein-Westfalen und
Rheinland-Pfalz**

Europäisches Parlament
Rue Wiertz, ASP 06F254
B-1047 Brüssel
Telefon: 0032-228-47655
juergen.klute@europarl.europa.eu
www.juergen-klute.eu



Sabine Lösing

Mitglied im Ausschuss für
auswärtige Angelegenheiten;
Unterausschuss für Sicherheit
und Verteidigung

**Ansprechpartnerin für
Niedersachsen und Hessen**

Europäisches Parlament
Rue Wiertz, ASP 06F255
B-1047 Brüssel
Telefon: 0032-228-47894
sabine.loesing@europarl.europa.eu
www.sabine-loesing.de



Helmut Scholz

Mitglied im Ausschuss für interna-
tionalen Handel; Stellvertreter
im Ausschuss für auswärtige
Angelegenheiten; Ausschuss für
konstitutionelle Fragen

**Ansprechpartner für
Mecklenburg-Vorpommern
und Brandenburg**

Europäisches Parlament
Rue Wiertz, ASP 6F243
B-1047 Brüssel
Telefon: 0032-228-47893
helmut.scholz@europarl.europa.eu
www.helmut-scholz.eu



Gabi Zimmer

Sprecherin der Delegation
der LINKEN

Mitglied im Ausschuss für
Entwicklung; Stellvertreterin im
Ausschuss für Beschäftigung
und soziale Angelegenheiten

**Ansprechpartnerin
für Thüringen**

Europäisches Parlament
Rue Wiertz, ASP 6F357
B-1047 Brüssel
Telefon: 0032-228-47101
gabriele.zimmer@europarl.europa.eu
www.gabi-zimmer.de



VEREINTE EUROPÄISCHE LINKE/NORDISCHE GRÜNE LINKE
PARLAMENTSFRAKTION EUROPÄISCHES PARLAMENT